

Haushaltrede der Fraktionsvorsitzenden der UWG Selm Maria Lipke
 Zum Haushalt 2006
 Es gilt des gesprochene Wort!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
 Ich wollte es mir in diesem Jahr einfach machen.
 Etwa wie Friedrich Merz,
 der seine hochgelobte Rede wider dem tierischen Ernst,
 bei www.zyn.de abgeschrieben hat,
 ich habe also zuerst dort nachgesehen,
 ob man diese Rede nicht auch auf Selm umschreiben kann.
 Schließlich ging es in dieser Rede um die Sanierung der Finanzen.
 Fehlanzeige, für die Sanierung Selms hätten wir:

1. Teile von Bork an Lünen abtreten müssen,
 damit das Lippewerk bis Hassel ausgeweitet werden kann,
 dafür müßte sich Lünen im Gegenzug verpflichten
 alle Sozialhilfeempfänger aufzunehmen.
2. Müßten wir unsere Schulden in einen Olfen-Pensionsfond einbinden
 und dafür Schloß Cappenberg, die Burg Botzlar, das Amtshaus
 und natürlich mindestens einen Bahnhof an Olfen verpfänden,
3. Die Arbeitslosen müßten wir ganz einfach entlassen,
 in den Kreis Coesfeld z.B.?
4. Wird dort vorgeschlagen,
 dass Politiker und Bürgermeister zukünftig nicht mehr kostenlos
 bei Vereinsfesten und Jubiläen auftreten und Spenden überreichen.

Ein Vorschlag, den man tatsächlich überlegen sollte,
 schließlich bringt das Geld in die Stadtkasse,
 die Terminflut nimmt ab und der Bürgermeister
 kann mehr in seinem Büro arbeiten.

Sie sehen, meine Damen und Herren,
 Zyn. de und Friedrich Merz haben mich nicht wirklich weitergebracht.

Mein nächster Internet-Versuch war deshalb das Land NRW,
 schließlich wurde dort am 15.2.2006 der erste Etatentwurf
 der schwarzgelben Landesregierung vorgelegt.

Haushaltsdaten? Fehlanzeige!

Was mußte ich feststellen.

Dort war die 5. Jahreszeit noch viel spürbarer:

Einfälle fanden Einlaß in kleinen Anfragen.

Jene parlamentarische Einrichtung also,
 in der es gewöhnlich um Haushaltskonsolidierung
 oder Bürokratieabbau geht.

Der uns gut bekannte Wolfram Kuschke
 hat dort z.B. die Anfrage 174 gestellt:

Sollen Dickhäuter in den Polizeidienst?

Als Antwort bekam er:

"Im Prinzip ja! Wir haben auch bereits viele im Polizeidienst, jedoch verfügt nicht jeder über einen Rüssel."

Oder, Marc Jan Eumann.

Der Sozialdemokrat überraschte die Landesregierung mit der Anfrage:
Kann Minister Wittke bis vier zählen?

Dann gibt es noch den SPD-Abgeordneten Stephan Gatter, der anfragte, ob die Ministerinnen Christa Thoben und Barbara Sommer das Mittagessen vorzogen, obwohl sie doch zur fraglichen Zeit eigentlich einer Ausschuss-Sitzung hätten beiwohnen sollen.

Die Antwort war übrigens: Ja!

Sie sehen. Meine Damen und Herren, der Haushalt ist kein Thema im Land, der Haushalt ist zweitrangig. Wahrscheinlich schämt man sich seiner?

Wir hier in Selm müssen uns nicht schämen, deshalb nehme ich es gleich vorweg:

Die UWG-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, folgerichtig, denn der hier vorliegende Haushaltsplanentwurf ist eine Fortschreibung der Zahlen aus 2005, es gibt kaum Knackpunkte und die UWG-Fraktion hat schließlich auch in 2005 den Haushalt mitgetragen.

Der Finanzrahmen aller NRW Städte, kann sich im Laufe des Jahres allerdings noch mächtig ändern, und das möchte ich auch bereits jetzt klarstellen, die Verschlechterungen, die zur Zeit besonders in Düsseldorf ausgebrütet werden, die trägt die UWG-Fraktion nicht mit.

Denn, seit 2005 hat sich in der in der großen Politik soviel wie noch nie verändert.

Mit ungeahnten Konsequenzen für alle Städte und Gemeinden.

Herr Kleinwächter hat bei den Finanzberatungen gesagt, er wisse nicht mehr auf wen er schimpfen könne.

Wir wissen es!

Da gibt es wie gesagt in Nordrhein-Westfalen eine neue Landesregierung. Fangen wir damit an.

Was wurde uns alles versprochen vor der Landtagswahl und wie ist es mit der Verlässlichkeit der Wahlversprechen?

"Wir brauchen eine Kultur des Verzichts"

kündigte NRW-Finanzminister Helmut Linssen neuerdings an,

Und, meine Damen und Herren

wo beginnt dieser Verzicht?

ausgerechnet bei der Jugendförderung.

Ministerpräsident Rüttgers hatte vor der Wahl stets bekräftigt,
die von Rot-Grün beschlossenen Kürzungen im Jugendbereich
rückgängig zu machen

und die CDU hat die damalige Volksinitiative
zur Wiederaufstockung der Mittel
massiv und publikumswirksam unterstützt.

Nun beläßt es Schwarz-Gelb bei den Kürzungen.

Ein Vertrauensbruch beklagten
die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der Städte und
Gemeindebund.

Ein Vertrauensbruch mit enormen finanziellen Auswirkungen
auch auf die Kommunen.

Für Selm bedeutet das, noch nicht abzusehende Kürzungen
für alle Bereiche der offenen Jugendarbeit,
beim Kinder- und Jugendschutz, in der Jugendsozialarbeit
und in der Jugendverbandsarbeit.

Ebenfalls noch nicht abzusehen sind die Folgen für die Waldschule,
dem Kindernetzwerk und der Familienbildungsstätte.

Zwei neue Volksinitiativen "Jugend braucht Vertrauen"
und "Volksinitiative NRW 2006" sind inzwischen tätig
die von der UWG unterstützt werden.

Denn es ist nicht nur der Jugendbereich,
der Federn lassen muss,

Einsparungen von 114 Millionen alleine im Kindergartenbereich,
die sich aus der Kürzung der Sachkosten und
dem Abschied des Landes aus dem
Elternbeitragsdefizitausgleichsverfahren ergeben,
werden aus Düsseldorf angekündigt.

Das bedeutet 115.000 Euro weniger für die Stadt Selm,

Dafür bekommen aber die Städte das Recht
die Einnahmeverluste durch entsprechende
Erhöhung der Elternbeiträge auszugleichen.

Was bedeutet das, meine Damen und Herren.

Damit würden die Ausstattungen schlechter und gleichzeitig
die Elternbeiträge höher.

Die AWO schlägt Alarm, wie man heute der Presse entnehmen konnte,
sie befürchtet größere Gruppen und Schließungen
und plant Protestaktionen.

Wir haben zu diesen Themen eine Resolution vorbereitet,
die, wie wir hoffen, vom Rat der Stadt Selm verabschiedet werden wird.

Denn, meine Damen und Herren,

Eine Erhöhung der Kindergartengebühren,
das tragen wir von der UWG-Fraktion nicht mit!

Wie soll man das dem auch Bürger erklären?

Da schlägt die Bundesregierung vor, die Kindergärten sollen kostenlos sein und wir sollen zum 1. August die Gebühren erhöhen!

Weil das Land uns die Mittel kürzt?

Ohne uns! Finanzierung sei zweitrangig sagt Frau von der Leyen!

Soll sie die zusätzlichen Schulden der Städte verantworten

Wir wehren uns in dieser Resolution auch gegen die

Kürzungen bei den Familienberatungsstellen,

der Familienbildung, den Familienpflegediensten,

den Frauenhäusern und bei der Integration von Behinderten,

weil unzählige soziale Netze wegbrechen werden,

im Kreis Unna und auch in Selm.

Übrigens: Auch die Familienberatungsstellen planen Protestaktionen!

Ich möchte auf die absolute Hammermeldung kommen:

Sie ging vor einigen Wochen durch die Presse:

Das deutsche Bildungssystem beschäftigt die Vereinten Nationen.

Ein UN-Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission

reiste durchs Land um sich zu informieren

wie hierzulande das Recht auf Bildung umgesetzt wird.

Das Urteil übrigens vernichtend:

In keinem anderen Industriestaat ist die Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft so groß wie in Deutschland.

Das dreigliedrige Schulsystem erfolglos!

Deutschland ein Entwicklungsland,

Weltspitze bei der Chancenungleichheit.

Wen wundert da noch die Meldung,

dass in Deutschland keine Kinder mehr geboren werden?

Was macht unsere Landesregierung?

Sie kündigt an:

Falls das Elterngeld vom Bundestag beschlossen werde,

käme von NRW im Bundesrat in Veto!

Sie streicht das von der Vorgängerregierung gewollte neue Schulgesetz

und ersetzt es durch eine Gängelungsorgie und Reglementierungswut

für Lehrer und Schulleiter.

Eine schulpolitische Wende wurde versprochen,

als Resultat kommt ein Kleinkrieg zwischen Barbara Sommer

und den Lehrern bzw. den Lehrerverbänden und den Schülern zustande.

Mehrere hundert Schüler haben am 14. März in Düsseldorf

ihre Ablehnung des neuen Schulgesetzes bekundet

und dabei eine entsprechende Resolution überreicht

die von 15.000 Schülern unterschrieben wurde.

Und obwohl nach Erkenntnissen des Institutes der deutschen Wirtschaft

die Bildung in NRW hinter den meisten anderen Bundesländern noch

zurücksteht,

werden nach dem Willen der neuen Landesregierung zig Stellen im Hochschulbereich gestrichen

und Studiengebühren, auch für Bafög-Empfänger, beschlossen.

Es ist aber längst nicht alles was uns Schwarzgelb aus Düsseldorf zumuten will:

Schülerfahrtkosten sollen um 27.4 Mio. gekürzt werden,

dafür dürfen die Kommunen künftig entscheiden, ob Kinder von

Arbeitslosengeld II-Empfängern kostenlose Schulbücher bekommen.

Was bedeutet das? Das Land wälzt Kosten und Konflikte auf die Städte ab!

Der Schulmilchzuschuss wird um wird um 0,4 Mio. gekürzt.

Auch die Träger der Volkshochschulen beschuldigen

Ministerpräsident Rüttgers Wortbruch,

weil entgegen der Ankündigungen,

die Mittel für die Weiterbildung weiter gekürzt werden sollen

Ein klarer Bruch der Wahlversprechen der neuen Landesregierung.

Versprochen. Gebrochen.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP,

das ist längst nicht alles,

was unsere Landesregierung über deren Wahlsieg sie so gejubelt haben sich erlaubt,

Vor jeder Landtagswahl wird auch hier in Selm den Wählern eingeredet,

dass wenn man an der richtigen Stelle,

nämlich bei der CDU, ein Kreuzchen macht,

dann werden wir einen weiteren Peterwagen nach Selm bekommen,

Was ist passiert:

Die Landesregierung streicht in diesem Jahr 346 Planstellen bei der Polizei.

Die Folge: Polizisten, demonstrierten anlässlich der Präsentation der neuen Reiterstaffel

gegen den Personalabbau, Sozialabbau und dem organisatorischen Chaos

der Polizei vor dem NRW Innenminister Dr. Ingo Wolf.

Und Vertreter von Kommunen und Polizeigewerkschaften lehnten das Vorhaben bei einer Anhörung im Innenausschuss des Landtags ab.

"Der drastische Personalabbau ist auch deutlich

in der Polizeibehörde Unna zu spüren,"

so der Kreisgruppenvorsitzende der GDP, Klaus Püngel

und gibt sogar in den örtlichen Ruhr-Nachrichten vom 23.3. eine entsprechende Stellungnahme ab, sehr ungewöhnlich!

Ja, Dummgelaufen, die Sache mit der verbesserten Sicherheit in unserer Stadt, wir bleiben wohl die Stadt mit den meisten Wohnungseinbrüchen!

Das alles, obwohl die jetzige Koalition Unisono im Wahlkampf andere Aussagen gemacht hat.

Der Wahlbetrug in NRW trägt die Namen Rüttgers, Linssen, Schavan und Sommer, Wolf und andere

Und es demonstrieren nicht nur Schüler, Lehrer und Polizisten auch der DGB und der Beamtenbund rufen lautstark nach "Solidarität gegen Wortbruch". Auch den Spagat zwischen Ökonomie und Ökologie schafft die neue Landesregierung nicht: Bei der Landesforstbehörde sollen 500 Arbeitsplätze wegfallen, also ein Aus für die Forstpflge! Dafür will man allerdings eine Wald-Maut für Spaziergänger einführen. Es ist schon ein Skandal, dass in Bereichen, die ohnehin schon am unteren Limit liegen, eingespart werden soll, aber andererseits anscheinend genug Geld vorhanden ist. Denn es soll nicht nur gekürzt werden, in Düsseldorf, meine Damen und Herren: Die Staatskanzlei erhielt bereits 100 neue hochdotierte Planstellen. Die Landwirtschaftskammern bekommen ein Plus von 16,3 Mio., das Handwerk wird mit einer Meistergründungsprämie plus 2 Mio belohnt, der Flughafen Münster Osnabrück bekommt zusätzliche 11 Mio. und wie gesagt, die Reiterstaffel wird wieder eingeführt, Auch beim Thema Steinkohlenbergbau könnte es zur Nagelprobe kommen, wenn die angekündigte Reduzierung der Landesgelder nicht zu halten sind. Prominente Fürsprecher für die RAG sind ja inzwischen mit Exkanzler Schröder und Friedrich Merz gefunden. Nun gut, vielleicht ist es ja sogar politischer Wille, dass die RAG aus den Subventionen Borussia Dortmund sponsert.

Was den Haushalt betrifft, haben CDU und FDP zu Oppositionszeiten Rot-Grün oft Unredlichkeit vorgeworfen - so manches Mal zu recht. Aber jetzt wird die Nordrhein-westfälische Landesregierung von den eigenen Vorwürfen nicht nur eingeholt sondern überholt, die fast täglichen Protestaktion in Düsseldorf sollten uns zu denken geben! Frankreich ist nicht weit! Es kann noch eine Menge auf uns zukommen, was alles nicht im Haushaltsplan steht: Man erarbeitet dort z. Zt. eine Verschärfung des kommunalen Wirtschaftsrechts, die eine Begünstigung der Privatwirtschaft vor öffentlichen Unternehmen bedeuten würde. Und das Umweltministerium will den Kommunen in NRW durch eine Novellierung des Landeswassergesetzes die Möglichkeiten einräumen, die Abwasserbeseitigung zu privatisieren. Allerdings werde keine Kommune verpflichtet, teilt man mit! Diese Meldung war übrigens vom 22.März, also nach Carneval

An gleichen Tag konnte man lesen, dass 18 Prozent der Landstraßen in NRW im schlechten Zustand seien, aber außer Flickschusterei nicht viel vom Land zu erwarten sei.

Und weiteres Ungemach droht aus Düsseldorf,
was wir vor Ort bitter spüren könnten:

NRW Finanzminister Helmut Linsen verunsichert die Sparkassen mit Privatisierungsgedanken.

Und das vor dem Hintergrund, dass sich die Privatbanken weigern, etwa für Hartz IV Empfänger überhaupt noch ein Konto zu führen, Bevor wir zur Bundespolitik kommen, etwas Tröstliches aus Düsseldorf:

Die CDU-Landtagsfraktion hat ein Papier zum Ruhrgebiet herausgebracht:

Ein Regionalbezirk Ruhr wird gefordert

und die CDU stellt sich hinter die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas, wer hätte das gedacht?

Und wir in Selm sollen dabei sein!

Dann gibt es ein neues Top- Thema: Einbürgerung

Da kann man doch nur sagen: Der CDU gehen die Themen aus, aber wir könnten im nächsten Jahr anstelle der Haushaltsreden mal den

Einbürgerungstest hier an Ort und Stelle durchführen

Mal sehen wer hier im Stadtrat ausgebürgert werden müßte?

Was haben die Kommunen sonst noch von der großen Koalition in Berlin zu erwarten!

Karneval auch dort!

Seit Aschermittwoch, ist die Regierung 100 Tage im Amt.

Den Koalitionsvertrag haben sie am 11.11 unterschrieben, die Schonfrist fiel also komplett in die 5. Jahreszeit.

Dennoch, die Kanzlerin hatte einen guten Start in den ersten hundert Tagen.

Besonders oder weil sie meistens im Ausland weilte.

Aber die 100 Tage Warmlaufphase ist aber vorbei,

die gewisse Zurückhaltung der Öffentlichkeit kann aufgegeben werden.

Das gilt auch für einzelne Minister.

Schnell wird sich zeigen,

ob das was Frau van der Leyen,

Kanzlerin Merkel und der SPD-Fraktionschef Struck wollen,

nämlich die vorhin erwähnte Streichung der Kindergartengebühren

ein Karnevalsscherz war,

oder ernstgemeinte Politik.

Immerhin können sich selbst Bundesfinanzminister Steinbrück und seine SPD, unter gewissen Bedingungen,

eine Gebührenfreiheit für Kindergärten vorstellen.

Bleibt zu Hoffen,
 dass diese Unterstützung die Wahlkampfzeit in Baden-Württemberg,
 Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt überdauert
 und nicht wie in Nordrhein-Westfalen endet.
 Sie wissen schon: Versprochen, gebrochen!

Seit 2004 hat sich die Gesamtlage der Gemeindefinanzen deutlich verbessert
 Auch für 2006 zieht der Gemeindefinanzbericht eine positive Bilanz.
 Allein die Bundesbank machte im vergangenen Jahr
 2,86 Milliarden Überschuss.
 Die Städte fordern 2 Milliarden Mehreinnahmen.
 Aber wird Rot Schwarz diese Gelder auch fließen lassen?
 Im Koalitionsvertrag ist nichts davon zu sehen,
 Große Koalitionen produzieren eben nicht zwangsläufig auch große Entwürfe.

In der Föderalismusdiskussion stehen die Städte weiterhin aussen vor,
 und werden nicht gefragt, oder Herr Bürgermeister?
 Interessiert man sich an irgendeiner Stelle dafür,
 was die Städte zur Föderalismusdiskussion zu sagen haben?

Hartz IV kann noch manche Überraschungen für uns bringen,
 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fehlen.
 Eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
 ist nämlich in kein Thema in der Koalition,
 obwohl nur dieses die Städte weiterbringen würde.
 Nein, nicht die Arbeitslosigkeit,
 die Wertedebatte zieht als wichtigstes Thema
 zumindest innerhalb des kleinen Parteitages der CDU durch die Presse.
 Sprüche wie "mehr Freiheit wagen" und "Neuanfang wie 49"
 oder wie man das C im Parteinamen deutlicher machen kann
 bringen uns nicht weiter,
 Meine Damen und Herren,
 ich möchte Sie nicht zu nachdenklich machen.
 Aber ob die von Angela Merkel angekündigten Politik der kleinen Schritte
 bis nach Selm reichen, das darf bezweifelt werden.
 Proteste gibt es übrigens auch in Berlin:
 Die Mediziner sind im Ausstand, der öffentliche Dienst streikt,
 Es kommt zu einer bundesweiten Protestaktion unter dem Motto:
 "Der Nahverkehr gehört nicht auf's Abstellgleis"
 Dem Schienennahverkehr drohen nämlich massive Einschränkungen,
 Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2011 3,3 Milliarden Euro kürzen!
 Und das besonders im ländlichen Raum Westfalens!
 Man erwartet einen Verkehrskollaps auch im Kreis Unna.
 Womit wir beim Kreis wären.

Nur ganz kurz:

Der Kreis hat natürlich ähnliche Probleme wie die kreisangehörigen Städte, die enorm gestiegenen Sozialkosten im Bereich Hartz IV machen eine solide Finanzpolitik unmöglich. Und die geplanten Landeskürzungen im Jugend- Frauen- und Familienbereich treffen auch den Kreishaushalt. Übrigens hat auch der Kreistag auf seiner jüngsten Sitzung eine entsprechende Resolution verabschiedet, wie wir sie für diese Sitzung des Rates der Stadt Selm fordern.

Sie werden bemerkt haben, meine Damen und Herren, dass entgegen aller Erkenntnisse und Beteuerungen die Kinder die absoluten Verlierer der neuen Politik sind. Massive Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich sind nicht nur unseriös, ungerecht und zukunftsfeindlich, sondern kontraproduktiv. Wer an der Jugendarbeit spart, muss später für Heimkosten wieder drauflegen. Womit wir doch kurz beim städtischen Haushalt wären: Licht am Ende des Tunnels sehen wir endlich im Jugendhilfebereich: Eindrucksvoll stellte uns das Landesjugendamt Konzepte vor bei denen alte UWG-Forderungen endlich bestätigt wurden: Klassische Hilfen zurückfahren, wurde dort gefordert, keine Kinderlandverschickung, weg von der alten Fürsorgementalität hin zu ambulanten Hilfen innerhalb der Familien mit einer intensiven Einbeziehung der Familien vor Ort. Frau Engemann hat in ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes dieses aufgegriffen, so daß wir erstmals Licht am Ende des Tunnels der Jugendhilfeausgaben sehen, ein Selmer Modell wurde angekündigt. In diesem Haushaltsplan läßt sich finanziell zwar noch nicht wirklich feststellen, wir erwarten aber eine deutliche Kostenreduzierung durch das neue Modell in den folgenden Jahren und erlauben uns weiterhin den Finger in die Wunde zu legen!

Wenn der Haushalt beraten wird, dann lese ich die Nachrichten aus den Nachbargemeinden immer mit besonderem Interesse: Eigentlich immer auf der Suche nach dem "gallischen Dorf": Besagte Resolution oder Unterstützung der Volksinitiativen gibt es vielen Städten. Der Rat der Stadt Datteln verweigerte einstimmig die Überweisungen für den Fonds Deutscher Einheit.

Waltrop stuft die Kreisumlage für rechtswidrig ein
 Und medienwirksam,
 ist Waltrop mittlerweile bei der Zahlung der Kreisumlage
 mit zwei Monatsraten im Rückstand.
 Interessant ist diese Einstellung deshalb,
 weil in Waltrop wegen der schlechtesten finanziellen Eckwerte im Lande
 ein Sparberater am Werk ist,
 der zwar versichert, dass die Kürzung der Kreisumlage
 keine Handlungsempfehlung von ihm gewesen sei,
 er aber dennoch empfehle
 die Klage gegen die Kreisumlage auf jeden Fall weiterzuverfolgen.

In Olfen forderte ein Ratsmitglied,
 bei der Verabschiedung des Haushaltes
 die Abschaffung des Kreises Coesfeld.
 Auch nicht schlecht!
 In Nordkirchen richtet die CDU, wohlgermerkt der CDU-Gemeindeverband
 einen Appell an die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag
 und bittet,
 den Kommunen die Auflösung der Grundschulbezirke freizustellen.
 Erfolglos übrigens: Keine Kompromisse signalisieren Schwarz-Gelb.
 Aus Oberhausen ist gar zu erfahren, dass sich die CDU-Kommunalpolitiker
 wegen der Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich
 offen gegen die Landesregierung gestellt haben.
 In Lünen gehen die Senioren für ihre VHS auf die Straße,
 man kämpft um den Erhalt des Theaters,
 denkt über die Privatisierung der Musikschule nach und
 man spricht über die Aufstockung der Schulklassen auf 30 Schüler,
 um Schulen zu schließen.
 es werden Unterschriften für den Erhalt von Bädern und Bürgerhäusern
 gesammelt.
 Der Betriebskostenzuschuss fürs Hafenhäuser wird gestrichen,
 Jede zweite Leuchte will man abknipsen
 5 Jugendzentren sollen geschlossen werden,
 die Bürgerberatungsstelle Brambauer ebenso.
 70 Stellen sollen bei der Stadtverwaltung wegfallen,
 200.000 Euro sollen bei der Wirtschaftsförderung und
 325.000 Euro bei den Energiekosten eingespart werden.
 die Reinigungskräfte komplett durch Fremdfirmen ersetzt werden
 die öffentlichen Toiletten in Lünen-Süd sind schon seit September geschlossen
 und es soll auch in Zukunft so bleiben.
 Hallennutzungsgebühren werden evtl. eingeführt, Sportplätze geschlossen und
 Pacht-Erhöhungen von Kleingärten beschlossen.

D.h. es geht ans Eingemachte in Lünen.
Man nennt das "Die Liste der Grausamkeiten"

Für die kommunale Haushaltswirtschaft geht eine Ära zu Ende.
Das heutige Haushaltsrecht ist an die 200 Jahre alt,
die Kameralistik, die ihren Ursprung
in der Verwaltung der fürstlichen Schatzkammer hatte
wird jetzt abgeschafft
und wird durch Doppik oder NKF ersetzt.
Wir erwarten von der Verwaltung
eine exzellente Schulung für alle Ratsmitglieder,
denn der doppische Haushalt muss kritisch gelesen,
interpretiert und mit anderen Informationsquellen,
wie technischen Zustandsberichten abgeglichen werden,
Nebenrechnungen müssen erkannt und gelesen werden,
der Haushalt kann dann transparenter und demokratischer werden.
Wir möchten im nächsten Jahr um den Bürgerhaushalt streiten.
Die doppische Darstellung der Gemeindefinanzen soll besser
und vielseitiger als das alte sein,
doch wie jedes Werkzeug muss es mit Verstand gehandhabt werden.
Wir Ratsmitglieder sind gefordert,
denn Instrumente können nur so gut sein wie die,
die sie handhaben.
Durch Qualifizierung und durch kritische Begleitung sollte es uns gelingen.
Die UWG-Fraktion ist bereit dazu.

Ich möchte enden mit der Aussage von Frau von der Leyen, dass die
Finanzierung der Bildung und der Bildungseinrichtungen zweitrangig sein muss,
handeln auch wir in Selm danach, meine Damen und Herren,
was dem Bund recht ist, ist den Städten billig
und nur unter dieser Prämisse stimmt die UWG dem diesjährigen Haushaltsplan
mit allen Anlagen zu.
Und kommen sie uns bitte auch nicht im Laufe des Jahres mit der Ausrede,
dass die Aufsichtsbehörde das Geld fürs Jugendcafe wieder gestrichen habe,
weil es sich um eine neue freiwillige Ausgabe handele!
Deshalb erklären wir hier nochmals mit allem Nachdruck:
Eine Liste der Grausamkeiten werden wir auch in den kommenden Jahren nicht
mittragen.
Das Leben der Bürger in Selm muss weiterhin lebenswert bleiben.
Wir leben gerne in Selm und so soll es bleiben!
Wir leben gut im Kreis Unna und, sie werden es nicht glauben, meine Damen
und Herren, wir möchten auch in keinem anderen Bundesland als in NRW
leben, deswegen sind wir wachsam!
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit